Nr. 183 XXVII. Jahrgang

Mittwoch, 9. Juli 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19 5 20, 13 6 96, 19 5 97, 17 1 96. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2880. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis
[illegible] Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10
B mit „Illustr. Neueste“ . . 1,85 . . 5,55
Postbezug im Ausland [illegible] in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande M. 1,80.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Die schleichende Kabinettskrise

Von unserem G.-Mitarbeiter

Weimar, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Die Krise im Reichskabinett und in Preußen droht in eine neue, weit ernsthaftere Phase einzutreten. Wir hatten bereits auf die Grundlagen des Kompromisses hingewiesen, das zunächst vorläufig von den Vertretern der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion vereinbart worden war, gegen das sich aber aus der Sozialdemokratie und besonders aus der preußischen Regierung unter der geistigen Führung des sozialdemokratischen Kultusministers Haenisch heraus ein heftiger Widerstand geltend gemacht hatte. Dieses Kompromiß hätte insofern einen glatten Sieg des Zentrums dargestellt, als durch ihn der konfessionell geschiedene Religionsunterricht als ordentlicher Lehrgegenstand in den Schulen ohne weiteres erhalten geblieben wäre. Die Zurückstellung der schulpolitischen Fragen bis zum Erlaß eines späteren Reichsschulgesetzes wäre natürlich praktisch einer Ausschaltung der sozialdemokratischen Schulpolitik auf Jahre hinaus gleichgekommen. Die Verhandlungen, die am Sonnabend, wie ich berichtete, abgebrochen waren, wurden zunächst scheinbar nur inoffiziell am Montag wiederaufgenommen. Dabei soll man nun, wie in politischen Kreisen verlautet, eine neue Kompromißformel vereinbart haben, zu der — das muß vorweg als entscheidende und wichtigste Tatsache vermerkt werden — die beiden Fraktionen noch nicht Stellung genommen haben. Dieses Kompromiß soll dem Zentrum das Sperrgesetz für die Einzelstaaten, durch das diese verhindert werden sollten, den Religionsunterricht in den Schulen zu beseitigen, erhalten haben. Der Religionsunterricht würde ordentliches Lehrfach auch weiterhin bleiben. Das einzige Zugeständnis, das dem Zentrum danach abgerungen wäre, wäre das, daß die Neueinrichtung von Privatschulen bis zu einem gewissen Grade erschwert würde.

Diese Kompromißformel hat, das kann nach Erkundigungen bei namhaften sozialdemokratischen Politikern als feststehend angesehen werden, keinerlei Aussicht darauf, von der Sozialdemokratie angenommen zu werden. Die Sozialdemokratie ist, ebenso wie das Zentrum, ihren Wählermassen gegenüber in einer so starken Weise festgelegt und gerade in schulpolitischen Fragen festgelegt, daß sie es nicht riskieren könnte, auf derartig weitgehende Zugeständnisse einzugehen. Eine neue Note gewinnt die gegenwärtige Krise, die demnach eher als verschärft, denn als abgemildert angesehen werden muß, dadurch, daß in Zentrumskreisen nun erklärt wird, wenn man nicht geneigt sei, in Preußen auf diese Zentrumsforderung einzugehen und alle gesetzgeberischen Maßnahmen, die jetzt auf dem der Schulpolitik schweben, zu unterlassen, das Zentrum aus der preußischen Regierung ausscheiden würde und die Forderung der Ablösung des Rheinlandes oder Schlesiens und Westfalens mit allen Mitteln zu erreichen suchen würde. Daß damit die preußische Regierung erneut von einer schweren Krise bedroht wird, die in einem gewissen Kausalzusammenhang mit den ersten Anlässen aus den Gegensätzen über Artikel 18 heraus steht, dürfte damit außer Zweifel sein. Eine Entwirrung dieser außerordentlich zugespitzten Verhältnisse ist nach dem augenblicklichen Stande der Dinge fast unmöglich.

Der Grundzug unserer auswärtigen Politik

Der Sonderberichterstatter des Evening Telegramm Byrat hatte, wie das Wolff-Bureau meldet, eine Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen, Hermann Müller, über die ersten Aufgaben der deutschen Außenpolitik nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, in der er u. a. ausführte:

„Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß Deutschland seine Unterschrift in Versailles ohne Hintergedanken unter den Vertrag gesetzt hat, der ihm so schwere Verpflichtungen auferlegt. Wir haben die ganze Welt zu Gegenkontrahenten, und in einem solchen Fall kann man nicht darauf rechnen, sich der Ausführung des Vertrages zu entziehen. Wenn irgend einmal in der Welt, so gilt hier der Satz, daß Ehrlichkeit die beste Politik ist. Ehrlichkeit bei der Ausführung dieses Vertrages ist für uns nicht ein Gebot der Sittlichkeit, sondern auch politischer Vorteil. Ich werde jede Politik als verwerflich bekämpfen, die in diesem Punkte anders denken sollte. Unsere Friedenspolitik ist ganz unabhängig davon, ob wir in den Völkerbund eintreten oder nicht. Der unter Wilsons Einfluß zustande gekommene Völkerbund läßt noch immer den Krieg als gewissermaßen letzte völkerrechtliche Instanz bestehen. Wir aber wollen den Krieg aus der Reihe der völkerrechtlich erlaubten Mittel ausschalten. Ich bin der Ueberzeugung, daß dies möglich ist. Ich bin dieser Ueberzeugung, weil ich Sozialist bin und meine sozialistische Gesinnung als Minister des Aeußern nie verleugnen werde.“

Die Besetzung des Ostens

Rotterdam, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times“ melden aus Paris: Oberschlesien wird Anfang August, die strittigen Gebiete in Westpreußen werden bis Mitte August von Ententetruppen zur Sicherung der Volksabstimmung besetzt. Die Besetzung dient keinem Kriegszweck mehr und wird den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Deutschen Reiche bis auf weiteres bestehen lassen. Es sind 82 000 Mann Ententetruppen für die Ostgebiete bereitgestellt. Darunter befinden sich keine polnischen Kontingente.

Zur Ratifizierung des Vertrags

Aus Versailles wird vom 7. Juli gemeldet: Ministerpräsident Clemenceau überreichte gestern abend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Frhrn. v. Lersner, die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen auf die Note betr. die Ratifizierung des Friedensvertrages. In der Antwort wird gesagt, die Ratifizierung müßte sich auf sämtliche Akte, die ein Ganzes bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung über die Besetzung der Rheinlande. Diese Dokumente bilden die Friedensbedingungen und seien eines von dem andern untrennbar. Aus diesen Gründen könnten die drei Akte nur als ein einziges Ratifikationsdokument angesehen werden.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der Staatenausschuß der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt hat. Nun wird sie in einer voraussichtlich am Mittwoch stattfindenden kurzen Sitzung der Nationalversammlung erörtert werden, in der wahrscheinlich nur der Minister des Aeußern, Hermann Müller, sprechen wird. Darauf wird der Reichspräsident die Ratifizierungsurkunde unterzeichnen, die nach Versailles telegraphiert wird, wo sie Legationsrat v. Lersner dem Ministerpräsidenten Clemenceau übergeben wird. Die Urkunde wird durch einen Kurier nach Versailles gebracht werden.

Weimar, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Zustimmung des Staatenausschusses zur Ratifizierung des Friedensvertrages ist, wie wir erfahren, einstimmig erfolgt.

Die Freigabe des Handels

Amsterdam, 7. Juli. Dem „Alg. Handelsblad“ zufolge scheint der holländischen Regierung offiziös der Wunsch der Assoziierten mitgeteilt worden zu sein, bei der Aufhebung der Blockade, d. h. nach erfolgter Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland, die zwischen den Alliierten und den Niederlanden abgeschlossenen Uebereinkommen mit Ausnahme der finanziellen aufzuheben. Es ist zu erwarten, daß die Aufhebung des Uebereinkommens auf der Grundlage vollkommener Handelsfreiheit auf beiden Seiten stattfindet, so daß zunächst keine Bedingungen wegen des Handels mit Deutschland gestellt werden.

Rotterdam, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail“ meldet: Das Wirtschaftsamt gab Befehl, daß, sofern bis Donnerstag abend die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland erfolgt ist, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend früh in vollem Umfange aufgehoben wird. Lloyds in London nehmen seit Freitag zum erstenmal seit Kriegsausbruch wieder Versicherungen für Schiffsdampfer nach deutschen Häfen an.

Unsere diplomatischen Beziehungen zu England

Amsterdam, 7. Juli. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte Harmsworth, die britische Regierung erwäge die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu einem frühen Zeitpunkt nach der Ratifizierung des Friedensvertrages.

Die Auslieferungsfrage

Wie der „Temps“ meldet, ist die Auslieferung von Ludendorff und Hindenburg beschlossen worden wegen der Zerstörungen, die beim Rückzuge der Truppen des deutschen Heeres planmäßig verursacht worden sind. Deutschland habe dafür 17 Milliarden Schadenersatz zu leisten.

Zum Kaiser-Prozeß

Amsterdam, 7. Juli. „Daily News“ melden aus Paris, daß sich Amerika nur dazu verpflichtet habe, sich an dem Ersuchen um Auslieferung des ehemaligen Kaisers zu beteiligen und einen amerikanischen Richter für den Gerichtshof abzuordnen, daß jedoch Lansing und Henry White überhaupt nichts von einem Abkommen wissen, demzufolge die Verhandlungen in London stattfinden sollen. Es fragt sich, ob Wilson diesen Schritt gebilligt hat, ohne mit den hauptsächlichen Mitgliedern der amerikanischen Kommission Fühlung gehabt zu haben. Der Präsident wird gefragt werden, ob er Lloyd George unterstützt habe.

Rotterdam, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times“ melden: Der Prozeß gegen Wilhelm II. beginnt noch im September. Ein englisches Kriegsschiff wird den Kaiser von Holland nach London bringen. Voraussichtlich nimmt der Kaiser im Tower Wohnung bis zu seiner Aburteilung.

Ernüchterung in England?

Rotterdam, 8. Juli. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen zu urteilen, die die holländischen Korrespondenten einstimmig aus London brachten, ist dort die Reaktion gegen den Plan der Kaiserverfolgung in vollem Gange. Es folgte rasch die Ernüchterung und damit der Ekel vor dem eigenen Getue. Ein Umschwung macht sich überall bemerkbar in Stadtgesprächen, Presse und Parlament. Die Northcliffe-Presse ist plötzlich still geworden, dagegen veröffentlichen die „Times“ drei eingesandte Schreiben, darunter eines vom früheren Chefredakteur des Blattes für auswärtige Politik, das den Beweis führt, wie dumm und verfehlt der Auslieferungsplan sei. Dieser Brief hat in England großen Eindruck gemacht. Im „Star“ erscheinen zwei Artikel, worin ebenfalls gegen den Plan protestiert wird. Darin heißt es, es sei undenkbar, daß Holland den Deutschen Kaiser ausliefern würde, ohne dazu gezwungen zu sein. Der Völkerbund könne aber nicht seine Existenz mit der Vergewaltigung einer kleinen Nation beginnen. Der Umschwung der Stimmung war auch im englischen Parlament zu bemerken.

Eine Sensation für Paris

Genf, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris“ meldet, daß die Prozesse gegen die deutschen Generale in Paris durchgeführt werden. Paris werde das Schauspiel erleben, etwa 60 deutsche Generale als Angeklagte zu sehen. Der erste Prozeß gegen die Mitglieder des deutschen Generalstabes dürfte Ende September vor sich gehen.

Aus dem besetzten Gebiet

Mannheim, 8. Juni. Am Brückenhäuschen auf der Rhein-Brücke in Ludwigshafen haben die Franzosen eine Art Geßler-Hut errichtet. Dort wird nämlich täglich die französische Flagge aufgezogen und während dieses Aktes haben die Schutzleute und die Passanten die französische Fahne zu grüßen. Die Schutzleute wurden angewiesen, das vorbeigehende Publikum auf die Ehrenbezeugung besonders aufmerksam zu machen.

General Mangin, der Führer der 10. französischen Armee, verlegt sein Hauptquartier nach Königstein im Taunus. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ist die Rothschildsche Villa für diesen Zweck hergerichtet worden.

Den Bemühungen des pfälzischen Notabelnrates ist es gelungen, bei den französischen Besatzungsbehörden durchzusetzen, daß die wegen Streiks ausgewiesenen Bergarbeiter in ihre pfälzische Heimat zurückkehren dürfen. In einigen Tagen wird ihnen die Einreiseerlaubnis erteilt werden.

Der Redakteur der sozialdemokratischen „Pfälz. Post“ in Landau, Steffen, wurde vom französischen Oberpolizeigericht wegen Teilnahme an einer Kundgebung und Aufforderung zu Gegendemonstrationen und Tätlichkeiten, wobei er selbst angeschlagen habe, sowie wegen Mitführens rheinischer Zeitungen, die angeblich grobe Beleidigungen gegen die französischen Behörden, General Gérard und Marschall Foch, enthielten, zu sechs Monaten Gefängnis und 7000 M. Geldstrafe oder zu weiteren zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Steffen ist am 1. Juni, an dem Tage, an dem die pfälzischen Putschisten die Pfälzische Republik ausrufen wollten, lediglich zur Berichterstattung für seine Zeitung nach Speyer gereist und hatte an der Kundgebung keinen Anteil.

Einfuhrverbot für Bethmanns Denkschrift

Berlin, 8. Juli. Nach Mitteilungen aus Köln ist von seiten der englischen Besatzungsbehörde die Einfuhr des Buches „Betrachtungen zum Weltkriege“ von Bethmann Hollweg für das besetzte Gebiet verweigert worden.

Die Abstimmung in Schleswig

Das Wolff-Bureau meldet: Minister Stauning, das sozialdemokratische Mitglied der dänischen Regierung, erklärte gestern in einer Rede zur schleswigschen Frage: „In Zeitungsartikeln und in Reden hat man die dänischen Sozialisten als halbe Deutsche hingestellt und sie sogar als bezahlte deutsche Agenten bezeichnet, die der Wiedervereinigung von Schleswig entgegenarbeiteten. Das muß nun aufhören. Die sozialdemokratische Partei hat sich oft mit der nordschleswigschen Frage beschäftigt, jedoch ohne sie zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen. Wir haben in gemeinsamer Arbeit mit den deutschen Parteigenossen eine Verständigung erzielt, die die Abtrennung Nordschleswigs sichert bei gleichzeitiger Anerkennung des Rechtes unserer Landsleute, selbst die Entscheidung zu treffen, ohne eine Feindschaft hervorzurufen, die durch andre Grenzverhandlungen entstehen würde. Aber wir haben offen den Versuchen entgegengewirkt, deutsches Gebiet zu annektieren, weil das für unser Land zukünftig ein Unglück sein würde. Daß wir einen solchen Einfluß ausgeübt haben, darauf sind wir stolz. Dagegen haben wir bestimmt das Abstimmungsrecht für diejenigen Teile Schleswigs verlangt, wo dänische Sprache und dänische Gesinnung zum Ausdruck gekommen sind, somit auch in Flensburg. Wir werden die Flensburger Bevölkerung willkommen heißen, wenn sie sich dahin aussprechen sollte, als dänische Stadt mit Dänemark wieder vereinigt zu werden. Aber wir werden auch weiter die Versuche bekämpfen, Nationalitätengrundsätze zu schaffen, wo für Abstimmungen unter fremder Bevölkerung alles andre als nationale Rücksicht bestimmend sein sollte.“

Die Antwort Hammersteins

Auf die Note des Generals Delobbe vom 4. d. M. über die Zwischenfälle in Spa hat General v. Hammerstein am 5. Juli folgende Entgegnung überreichen lassen: „Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 4. Juli über die Vorfälle am 30. Juni in Spa zu bestätigen. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der Herr General diese Vorfälle als tief bedauerlich bezeichnet, wie General Nudant es am 2. Juli schon getan hatte. General Delobbe hat im übrigen, mit seinem Urteil auf dem Bericht des Führers des Gendarmeriekommandos fußend, die Schilderung der Vorfälle, wie ich sie wiedergegeben habe, als durchaus übertrieben bezeichnet. Diesem Urteil vermag ich nicht zuzustimmen. Meine Schilderung beruht auf eigener Beobachtung. Uebrigens hat der Führer des Gendarmeriekommandos angegeben, daß er auch selbst aus der johlenden Menge heraus von kleinen Steinen getroffen und daß dabei sein Automobil zerschlagen worden ist, als er ein deutsches Automobil begleitete. General Delobbe bemerkte ferner, daß die städtische Obrigkeit allein zuständig gewesen wäre, die Manifestation zu verhindern. Dies mit zu beurteilen, steht mir nicht zu. Ich habe mich nicht an die städtische Obrigkeit, sondern an die Vertreter der belgischen Regierung gewandt, und es handelt sich für mich jetzt darum, von der belgischen Regierung eine Genugtuung zu erhalten. In Uebereinstimmung mit dem Schlußsatze der Note des Generals Delobbe vom 4. d. M. möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß ich die Angelegenheit noch nicht als erledigt ansehe. Denn ich kann nicht glauben, daß die belgische Regierung es bei dem vom General Delobbe für sich persönlich ausgesprochenen Bedauern bewenden lassen wird.“

Der wirtschaftliche Verfall Sowjetungarns

Von Dr. W. Hof

Ein überaus düsteres Bild über die wirtschaftliche Lage Sowjetungarns gab der Volksbeauftragte für Finanzwesen, Lengyel, in der letzten Sitzung des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates. In der Einleitung seines Berichtes wies er auf die Geldmisere hin, die dadurch entstanden ist, daß das alte „blaue“ Geld aus dem Verkehr verschwunden ist, die Annahme des „weißen“ Geldes aber verweigert wird. Die Räteregierung habe in der Oesterreichisch-Ungarischen Bank einen Geldbestand von insgesamt 1 978 000 Kronen vorgefunden, davon 1 910 000 Kronen „weißes“ Geld gewesen sei. Seit dem 21. März bis 10. Juni seien als Wechselgeld in 1-, 2- und 5-Kronennoten 67 Millionen und 11 Millionen Stück 20-Hellerstücke aus Eisen in Verkehr gebracht worden. Trotz der im Verhältnis zum Umlaufsgebiet überaus großen Summe an Kleingeld konnte die Geldkrise nicht ganz behoben werden. Deshalb sah sich die Räteregierung zu der radikalen Maßnahme veranlaßt, das „blaue“ Geld von einer gewissen Zeit an außer Verkehr zu setzen. Diese Verfügung habe bereits eine günstige Wirkung gehabt, so daß in kurzer Zeit auf einen normalen Geldverkehr zu hoffen sei. Der Volksbeauftragte aber ließ wohlweislich unerwähnt, wie viele Milliarden „weißes“ Geld die Räteregierung selbst herausgegeben hat. Dafür aber hob er mit besonderem Stolz hervor, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank unbedingt liquidiert und das ungarische Geldsystem eingeführt werde. Schon vom 1. Juli an würden neue 10- und 20-Kronennoten und Geld- und Silbermünzen herausgegeben werden. Jedenfalls aber ist eine gewisse Erleichterung in der Geldfrage in letzter Zeit zu bemerken, da die Strafandrohungen, die auf dem Verkehr mit „blauem“ Geld nach dem 30. Juni, beziehungsweise 31. Juli stehen, dem „weißen“ Geld immerhin einen gewissen Zwangskurs sichern, wenn natürlich das allgemeine Mißtrauen dagegen auch keineswegs gewichen ist.

Viel gefährlicher hält jedoch der Volksbeauftragte die finanzielle Krise, die dem Land dadurch entstanden ist, daß das Geld keinen Kreislauf nimmt. Das Geld bleibt bei dem Arbeiter oder dem Bauern, die es entweder deshalb nicht ausgeben können, weil keine Waren da sind, oder weil die Preise der noch vorhandenen Waren in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen stehen. Die Hauptgefahr für die Herrschaft des Proletariats liege, wie Lengyel besonders hervorhebt, vor allem darin, daß die Produktion völlig aufgehört habe. Der Grund dafür sei nicht nur in dem Mangel an Rohstoffen und Kohle, sondern in erster Linie in dem Mangel an Arbeitsdisziplin, die eine völlige Desorganisation der Betriebe zur Folge gehabt habe, zu suchen. Von einer wirklichen Sozialisierung der Betriebe sei gar keine Rede, denn tatsächlich stünden sie unter dem fast ganz ausschließlichen Einfluß der interessierten, administrativen Arbeiter und Beamten. Zur Illustrierung des ungesunden Verhältnisses, das zwischen Herstellungskosten und Preisen der Warengüter herrscht, führte er unter anderem aus, daß die elektrische Beleuchtung 100 Millionen kostet, aber nur 50 Millionen einträgt; die Ausgaben für die Straßenbahnen betrügen 250 Millionen, die Einnahmen dagegen nur 117 Millionen Kronen. Im allgemeinen stehe einer Einnahme von einer Milliarde eine Ausgabe von drei Milliarden gegenüber. Er wies auch darauf hin, daß in zahlreichen Betrieben die Arbeiter ihre hohen Löhne erhalten, ohne überhaupt etwas zu arbeiten.

Der Volksbeauftragte Varga ergänzte diese traurigen Daten in sehr eindrucksvoller Weise und betonte, daß eine Besserung nur durch eine rationelle, schonungslose Organisierung der Arbeitskraft, durch Einführung des Arbeitszwanges und die Verbesserung der Arbeitsproduktion erzielt werden könne. Der Arbeiterrat faßte schließlich folgende Beschlüsse:

1. Der Preis der Waren muß nach ihrem gesellschaftlichen Selbstkostenpreis festgestellt werden.
2. Der separate private Wirtschaftscharakter der kommunisierten Betriebe muß aufhören und ihre Administration vereinigt werden.
3. Die Einrichtungen der gesperrten Geschäfte werden beschlagnahmt und die Geschäftslokale werden ev. auch für Wohnungszwecke in Anspruch genommen.

Diese drei Punkte werfen ein grelles Licht auf die kommunistische Wirtschaft und eröffnen die traurigsten Perspektiven für das zukünftige Wirtschaftsleben Ungarns, unter dem in erster Linie wieder die Arbeitermassen zu leiden haben werden. Wenn man bedenkt, daß die Herstellungskosten der Güter, auch die sonstigen enormen Staatsausgaben, z. B. für das Heer, die kulturellen Angelegenheiten usw. hineinkalkuliert werden müssen, so ist es klar, daß die demnächst eintretende Preissteigerung aller Waren zum mindesten 200 Prozent betragen wird. Wenn eine entschiedene Klassenpolitik gemacht werden wird, wodurch natürlich den Arbeitern gewisse Begünstigungen gesichert werden, so ist es doch nicht denkbar, daß sie von der neuen Preissteigerung nicht auch sehr stark betroffen werden, denn die Bourgeoisie, die von ihrem Kapital lebt, ist heute schon stark zusammengeschmolzen und jedenfalls zum Tragen der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190709/1